

Kampagne zur Abschaffung der Folter



EXTERN

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

URGENT ACTION

Heerstr. 178
5300 Bonn 1
Telefon: 0 22 21 - 65 09 81
Telex: 08 86 539

UA 3/81
12.1.1981

EL SALVADOR : Jesus Romero Galdamez, Romeo
Moreira, Otto Jaime Portillo,
Encarnacion Gutierrez, Ricardo
Alfonso Martinez, Carlos Mauri-
cio Hernandez, Alfredo Campos,
Ana Ester Valdez

drohende Folter
drohende extra-legale
Hinrichtung

ai erhielt Berichte nach denen die Armee, d.h. Soldaten der "Brigada de Cuartel San Carlos", am 9.1.81 zwischen 14 und 17 Uhr in der Abteilung für Veröffentlichungen des Erziehungsministeriums in der Stadt Mejicanos, Provinz San Salvador, eine "Razzia" durchführten. Der Direktor für Veröffentlichungen und Generalmanager der Abteilung, Jesus Romero Galdamez, wurde zusammen mit den sieben anderen oben genannten Angestellten verhaftet.

Es bestehen schwerwiegende Sorgen um die Sicherheit aller acht Personen.

Im Jahr 1980 starben ca. 8000 Salvadorianer an Gewaltakten. Viele dieser Tode sind auf Massenhinrichtungen der Sicherheitskräfte zurückzuführen. Menschen wurden wegen ihrer tatsächlichen oder vermuteten Mitgliedschaft oder Mitarbeit in Bauern- oder Arbeitervereinigungen, religiösen Gruppen, politischen Parteien oder anderen Organisationen, die die derzeitige Regierung nicht aktiv unterstützen, ermordet. Auch wenn die Menschenrechtsverletzungen zeitgleich mit einem offenen Konflikt zwischen verschiedenen Guerillaorganisationen und Regierungskräften auftreten sind die Opfer von Folterungen und Morden der Sicherheitskräfte nicht allgemein an bewaffneten Aufständen beteiligt. Die meisten der Morde folgten auf Entführungen wehrloser Personen aus ihrer Wohnung oder von ihrer Arbeitsstelle.

Die Regierung macht für die Morde angeblich unabhängige, außerhalb ihrer Kontrolle operierende "anti-kommunistische" Todesschwadronen verantwortlich. Dieser Aussage stehen Beweise von hunderten Einzelfällen, die ai gesammelt hat gegenüber, bei denen reguläre Sicherheitskräfte für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Es scheint als wolle die Regierung durch ständiges Wiederholen ihrer Aussage die Verantwortung für Inhaftierungen, Folterungen und Entführungen ihrer eigenen Sicherheitskräfte auf regierungsunabhängige Oppositionsgruppen abwälzen.

Am 3.12.80 schickte ai eine Botschaft an die Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der sie auf die erdrückenden Beweise für die Verantwortung der salvadorianischen Truppen für die Festnahme und Ermordung von sechs Oppositionsführern, die Mitglieder der Koalition von Oppositionsparteien, der "Frente Democratico Revolucionario" (FDR) waren* ai forderte alle Mitgliedsstaaten der UN auf, die Morde als Handlungen zu verdammen, die minimale Grundsätze von Regierungsführung mit Füßen treten.

* hinweist

b.w.

Die Botschaft beinhaltet außerdem die Information, daß Regierungskräfte für Morde an mehreren tausend Menschen im Jahr verantwortlich sind.

Empfohlene Aktion :

Bitte bringen Sie in Luftpostbriefen Ihre Sorge über die acht Verhaftungen der Armee zum Ausdruck und fordern Sie die Regierung auf, alles zu unternehmen um die Unversehrtheit der Häftlinge zu gewährleisten. Dringen Sie darauf daß alle unverzüglich freigelassen werden falls keine Anklage gegen sie erhoben wurde und sie nicht vor Gericht gestellt wurden.

Besonders Briefe von Herausgebern, Autoren, Journalisten und Lehrern könnten sehr wirkungsvoll sein.

Adressen :

Ing. José Napoleon Duarte
Presidente
Casa Presidencial
San Salvador
El Salvador
(Präsident)

Colonel José Guillermo García
Ministro de Defensa y de Seguridad Publica
San Salvador
El Salvador
(Verteidigungsminister)

Colonel Rafael Flores Lima
Jefe de Estado Mayor del Ejercito
Calle Concepcion
Final Pasaje Merazo
San Salvador
El Salvador

(Oberbefehlshaber der Armee)

Bitte schicken Sie auch eine Kopie Ihrer Briefe an die
Botschaft von El Salvador
Gangolfstraße 6
5300 Bonn 1

- Bitte reagieren Sie sofort, wenn Sie diesen Brief erhalten und beachten Sie die Empfehlungen zu jedem Einzelfall.
- Ihre Briefe sollten kurz und freundlich formuliert sein. Stellen Sie klar heraus, daß Ihr Einsatz für die Menschenrechte in keiner Weise parteipolitisch gebunden ist. Weisen Sie auf die entscheidenden Bestimmungen Internationaler Abkommen hin, wie beispielsweise in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen:
Art. 3: „Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“
Art. 5: „Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“
Art. 9: „Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.“
- Sie können den Namen von amnesty international erwähnen, wenn es nicht anders vermerkt ist. Briefe mit persönlichem oder beruflichem Bezug haben jedoch oft größere Wirkung.
- Informationen über die angebliche Verbindung einer Person mit einer in ihrem Land verbotenen Organisation dienen lediglich der Aufklärung des Hintergrundes. Sie sollten diese Hinweise in Ihren Appellen nicht verwenden.

- Wenn die Umstände einer Verhaftung oder das Verschwinden einer Person eine sofortige Aktion von amnesty international erfordert, werden urgent-action-Appelle veröffentlicht.
Sprechen Sie keine direkten Anklagen aus und, wenn nicht anders angegeben, benutzen Sie nicht das Wort „Folter“.
- Kopien von Antwortschreiben sollten Sie sofort an das Internationale Sekretariat oder an das Nationale Sekretariat (in diesem Fall bitte vermerken, ob schon an das Internationale Sekretariat weitergeleitet) weiterleiten.
- Danken Sie den Behörden oder der Person für ihre Antwort und bitten Sie darum, weiterhin über den Fall informiert zu werden.
- Adressen:
amnesty international,
International Secretariat,
campaign unit,
10, Southampton Street
London WC2E 7HF, England
Amnesty International, Sektion
der Bundesrepublik Deutschland,
urgent actions
Postfach 17 02 29
5300 Bonn